

WELTWIRTSCHAFT: DEUTSCHE AUF DEM FALSCHEN DAMPFER | VON MAX ERDINGER

Posted on 10. Juni 2022

Nur noch ganz selten schimmert in deutschen oder westlichen Medienberichten ein Hauch von Wahrheit durch. Die Regierungs- und Konzernpresse füttert das Volk mit geschmacklosem, politischem Einheitsbrei, der verdummt statt aufklärt. Umso erfreulicher ist der hoch-aktuelle Artikel von Max Erdinger, der nüchtern und nicht ohne Humor die zunehmend wahnsinnige Realität beschreibt, in der wir „im besten Deutschland aller Zeiten“ leben. (Rainer Rupp)

Ein Kommentar von Max Erdinger.

Es könnte alles so schön sein. Die Deutsche Mark ist eine weltweit gefragte Währung. Deutsche Produkte sind ihrer herausragenden Qualität und Haltbarkeit wegen weltweit gefragt, die Nachfrage übersteigt das Angebot, die Preise sind dementsprechend, den Firmen geht es gut, die Abgabenlast für den Bürger ist niedrig, der Staat ist schlank, die Volksvertreter sind bescheiden, zwei bis drei Kinder pro Familie sind normal, im internationalen Bildungsvergleich schneidet Deutschland hervorragend ab, die innere Sicherheit ist hoch, die Grenzen sind geschützt, die Bundeswehr ist eine schlagkräftige Armee, die Bürger werden informiert statt indoktriniert, die EUdSSR ist nur ein böser Traum und die Deutschen sind ein weithin geachtetes Volk ... – ausgeträumt. Die Wirklichkeit ist häßlich.

Ohne, dass irgendjemand eine andere Erklärung für Deutschlands Engagement in einem Krieg hat, der das Land im Grunde nichts angeht, außer der, dass Deutschland 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch immer US-Vasall ist, befindet sich unser Land de facto in einem Krieg mit Russland. Das ist bitter. Besonders bitter ist, dass man nicht mehr um das Eingeständnis herumkommt, einst einem Verteidigungsbündnis beigetreten zu sein, das heute nur noch auf dem Papier ein Verteidigungsbündnis ist, realiter aber ein Drohmittel von hoch-aggressiven US-amerikanischen Geostrategen zum alleinigen und vermeintlichen Nutzen der Vereinigten Staaten von Amerika. Und die bekommen gerade derbe aufs Maul vom Rest der Welt. Nicht zuletzt deswegen, weil dem Rest der Welt mit jedem weiteren Tag immer klarer wird, wer den gegenwärtigen Ukrainekrieg tatsächlich angezettelt hat – und wie perfide er dabei vorgegangen ist. Für den US-Vasallen Deutschland gilt: Mitgefangen, mitgehungen.

Das Weltwirtschaftsforum in Davos

Drei Monate nach der russischen Invasion in der Ukraine verästel sich die Schlacht des Westens gegen den Rest der Welt immer mehr. 12 Prozent der Weltbevölkerung gegen 88 Prozent. Seltsamerweise bleibt aber das ursprüngliche Narrativ dasselbe: Freiheitskampf nicht nur der Ukrainer, Aggressor Putin, Demokratie und westliche Werte werden stellvertretend von ukrainischen Helden für ganz Westeuropa verteidigt. Der ganze infantile Seich eben, den sich westliche Gesellschaften gern anhören, weil er ihnen gefällt, nicht, weil er wahr wäre.

Am vergangenen Montag hieß der Gründer des privaten Weltwirtschaftsforums (World Economic Forum – WEF), Prof. Klaus Schwab, den ehemaligen Komödianten und heutigen Präsidentendarsteller der Ukraine, Wolodymyr Selenskyi, willkommen. Während der überlebensgroß von einer riesigen Videowand auf die Versammelten herablickte, bezeichnete ihn der transhumanistische Professor aus der Schweiz als einen Präsidenten, der von ganz Europa und der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird. Das war nicht mehr als ein Glaubensbekenntnis. Selenskyis Zeit als ukrainischer Präsidentendarsteller läuft unerbittlich ab. Die Realität sieht so aus: Unterstützung für Selenskyi gibt es nur von denjenigen, die sich noch immer die Mär von der „regelbasierten internationalen Ordnung“ erzählen lassen, weil sie ihnen eben gefällt. Etwa 88 Prozent der Weltbevölkerung lassen sich diese Mär nicht mehr erzählen. Sie sind aus Erfahrung klug geworden.

Zurück in der wirklichen Welt ist zu erkennen, dass Russland zäh und beständig daran gearbeitet hat, die Kunst der hybriden Kriegsführung zu perfektionieren. Dennoch wird unter den Gläubigen an die regelbasierte internationale Ordnung – mit Unterstützung einer bunten Vielfalt an NATO-Psyops, aggressiver kognitiver Infiltration und einem bemerkenswerten medialen Sykophantentum – die Gewissheit gestreut, das US-amerikanische 40-Milliarden-Hilfspaket für die Ukraine würde die endgültige Kriegswende bringen, so dass am Schluss die Ukraine als strahlender Sieger dasteht. Dieses „Game-Changer-Narrativ“ wird von denselben freundlichen Leuten gestreut, die schon in Afghanistan und im Irak Milliarden versenkt hatten – und jeder weiß, wie das ausgegangen ist. Was ebenfalls jeder weiß: Die Korruption ist in der Ukraine erfunden worden. Die 40 US-Milliarden werden zwei Sorten von Zeitgenossen zugute kommen: Erstens dem militärisch-industriellen Komplex der USA und zweitens einer

Gruppe von ukrainischen Oligarchen und zweifelhaften NGOs, die den Schwarzmarkt für Waffen und die humanitäre Hilfe kontrollieren, und die ihre Gewinne später auf den Cayman-Inseln weißwaschen werden.

Geldschwemme für die zuvor nicht kreditwürdige Ukraine

So sollen die 40 Milliarden aufgeteilt werden: 8,7 Milliarden kommen der Ukraine überhaupt nicht zugute, weil sie dafür verwendet werden, die geleerten Waffenlager innerhalb der USA wieder aufzufüllen. 3,9 Milliarden gehen an „USEUCOM“, die „Behörde“ also, die Kiew die militärische Taktik vorschreibt. 5 Milliarden werden für die Aufrechterhaltung einer schwammigen „globalen Nahrungsmittel-Lieferkette“ draufgehen, 6 Milliarden für tatsächliche Waffen und Ausbildung von Ukrainern an diesen Waffen, 9 Milliarden, die offiziell als „wirtschaftliche Hilfe“ deklariert sind, dennoch aber in einigen ausgewählten Taschen verschwinden werden – sowie 0,9 Milliarden für Flüchtlinge.

US-amerikanische Risiko-Bewertungsgesellschaften haben die Ukraine als nicht kreditwürdig eingestuft. Große amerikanische Investmentfonds lassen die Ukraine fallen, so dass den Ukrainern als einzige Option die EU und ihre Mitgliedsstaaten zur Kapitalbeschaffung übrigbleiben. Wo es sich nicht um ausgemachte Russophobiker handelt, wie bei den Polen etwa, haben Regierungen von EU-Staaten zunehmende Schwierigkeiten, das Verschleudern gigantischer Summen von Steuergeld an einen „failed state“ zu rechtfertigen. Es wird also der Eurokratie selbst zufallen, die Ukraine gerade mit so vielen Mitteln zu versorgen, dass sie in einem wirtschaftlichen Koma gehalten werden kann – und zwar unabhängig davon, was von einzelnen Mitgliedstaaten und Institutionen kommt.

Diese EU-„Kredite“, meistens gewährt in Form von Waffenlieferungen, können über ukrainische Weizenlieferungen zurückbezahlt werden. In einem kleineren Rahmen passiert das bereits über den rumänischen Hafen Konstanz, wo ukrainischer Weizen auf Lastkähnen über die Donau ankommt. Tagtäglich wird er dann in Konstanz umgeladen auf Dutzende von großen Frachtschiffen. Auch mit endlosen Lastwagenkolonnen wird der Weizen angeliefert. Wie dem auch sei: Der ukrainische Weizen wird den wohlhabenden Westen ernähren, die verarmten Ukrainer jedoch nicht. Es ist davon auszugehen, dass ab Herbst erneut Milliarden an „humanitärer Hilfe“ an die Ukraine fließen werden, dann nicht zur

Bekämpfung von Russen, sondern zur Bekämpfung einer Hungersnot. Und auch von diesen Milliarden wird wieder viel in den Taschen solcher Leute landen, die keinen Hunger zu fürchten haben.

Polen spekuliert auf eine sanfte Annexion

Dennoch steht für den Sommer eine weitere NATO-Psyop ins Haus, die das „quasigöttliche“ – nicht legale – Recht der NATO behaupten wird, das Schwarze Meer mit Kriegsschiffen zu bestücken, die dann selbstverständlich nur dazu da wären, die ukrainischen Weizenlieferungen zu eskortieren. Das eigentliche Ziel wäre freilich die russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim. Die westlichen Medien werden die Sache so hindrehen, dass es sich um eine Notwendigkeit handelt, um den Westen vor einer Nahrungsmittelkrise zu bewahren – und das, obwohl die eine direkte Folge der Serie von hysterischen Sanktionspaketen des Westens selbst wäre.

Tatsächlich läuft viel der NATO-Unterstützung für die Ukraine über die Grenze mit Polen. Das passt zu zwei alles überspannenden Zielen Washingtons. Das erste ist ein „langer Krieg“ in der Erscheinung eines Daueraufstands wie in Afghanistan, in dem die „Gotteskrieger“ ersetzt werden durch Söldner und Neonazis. Und zweitens sind es die aufrecht zu erhaltenden Sanktionen gegen Russland, um das Land militärisch und wirtschaftlich zu schwächen. Weitere Ziele bleiben zwar bestehen, werden den beiden oben genannten jedoch untergeordnet. Die US-Demokraten sollen bei den Midterms im November wiedergewählt werden, was nicht passieren wird, außerdem soll der militärisch-industrielle Komplex der USA mit Mitteln gefüttert werden, die sich als wirtschaftlicher Profit aus den Sanktionen quasi selbst finanzieren – und es soll mit allen Mitteln die Hegemonie des US-Dollars gerettet werden, was angesichts einer Welt, die das Spiel zunehmend besser durchschaut, immer schwieriger wird.

Ein zentrales Ziel, das mit erstaunlicher Leichtigkeit zu verwirklichen zu sein scheint, ist die Zerstörung der deutschen – und in der Folge davon der EU-Wirtschaft, mit europäischen Firmen, die dann im amerikanischen Interesse verkauft werden müssen. Der Produktionsvorstand von BMW, Milan Nedeljkovic, erklärte der Nachrichtenagentur Reuters gegenüber, dass seine Branche etwa 37 Prozent der Gasimporte verbraucht, wodurch die Produktion so nicht aufrechterhalten bleiben könne, wenn das Gas

aus Russland wegfällt. Washingtons Absicht ist es offenbar, den Krieg auf kleiner Flamme köcheln zu lassen, ihn mit Söldnern am Leben zu erhalten und in regelmäßigen Abständen wieder eskalieren zu lassen, etwa durch Länder wie Polen oder die baltischen Zwergstaaten.

Superselenskyj und Polens Duda

Auf erbärmliche Weise gab der EU-Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, einen Ausblick auf die zu erwartende EU-Strategie. Der spanische Sozialdemokrat bestätigte vergangene Woche die Übereinstimmung der EU mit den Plänen Washingtons, als er ankündigte, der Konflikt werde sich lange hinziehen, und dass die Priorität der EU-Staaten in der Ukraine bei der Lieferung von schweren Waffen liege.

Unterdessen trafen sich der polnische Präsident Andrzej Duda und „Superselenskyj“ in Kiew. Die Ergebnisse dieses Treffens passen erstaunlich gut zu den Wünschen Polens. Nicht nur wird es keine effektive Grenze mehr zwischen Polen und der Ukraine geben, sondern Polen können in Zukunft sogar in die ukrainische Regierung gewählt werden und sich um Ämter als ukrainische Verfassungsrichter bewerben. Wie das mit dem Schutz der EU-Außengrenzen vereinbar sein soll, möge Andrzej Duda bitte den anderen EU-Mitgliedern erklären. Im Endeffekt bedeutet das nämlich, dass über eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine gar nicht mehr entschieden werden müsste. Die Polen erledigen das von sich aus, indem sie die Führung jenes „failed state“ namen Ukraine einfach von Kiew nach Warschau verlegen. Die Polen müssten nicht einmal mehr Truppen entsenden. Es handelt sich um eine „sanfte Annexion“ zumindest der Westukraine.

Von den Ukrainern abgefangene Kommunikation deutet darauf hin, dass die ukrainische Armee eine gestaffelte Verteidigungslinie herausbilden will, die von Poltava über Dnjepropetrowsk, Saporischija und Krivoy Rog nach Nikolajew reicht, um das bereits heftig befestigte Odessa abzuschirmen. Das ist aber nicht erfolgsversprechend, um den russischen Vormarsch auf Odessa aufzuhalten. Man muss sich vor Augen halten, dass die „Operation Z“ am 24. Februar mit etwa 150.000 Soldaten begann – und die waren nicht die russischen Elitekräfte. Dennoch haben sie bislang Mariupol erobert und das als ukrainische Elite geltende

Asow-Bataillon in nur fünfzig Tagen vernichtet. Dabei haben sie eine 400.000-Einwohner-Stadt mit einem Minimum an Gefallenen unter ihre Kontrolle gebracht. Während die Russen also einen echten Landkrieg führten, ohne dabei die US-Taktik der unterschiedslosen Zerstörung von allem aus der Luft zu kopieren, gelang es ihnen außerdem, Kherson, Saporischija und praktisch das ganze Gebiet der beiden Volksrepubliken Luhansk und Donezk zu besetzen.

Die militärische Walze

Der Oberkommandierende der russischen Landstreitkräfte, General Aleksandr Dvornikov, hat bestens ausgerüstete Streitkräfte zur Verfügung, die inzwischen fünfmal schneller vorankommen, als in der Anfangsphase der „Operation Z“, während die Ukrainer, alles in allem, wenig bis sehr wenig Sprit haben und obendrein mit einem Mangel an Munition, ausgebildeten Einheiten, Drohnen und Radargeräten geschlagen sind.

Was amerikanische Fernsehsessel-Generäle offenbar begreifen wollen, ist, dass die Russen bei ihrer so genannten „kombinierten Armee- und Polizeioperation“ zwei Top-Ziele haben: Erstens die Zerstörung des militärischen Geräts ihrer Feinde – und zweitens, das Leben der eigenen Truppen so gut wie möglich zu schonen. Den Verlust von ein paar Panzern kann Moskau verkraften, den von Leben hingegen nicht. Das ist der Grund für die hohe Präzision, mit der die Russen lediglich militärische Ziele aus der Luft angreifen. Hohe Treffsicherheit ist deshalb ein und alles für die Russen.

Es gibt eine hitzige Debatte unter russischen Militärexperten darüber, warum das Verteidigungsministerium nicht auf einen schnellen strategischen Sieg setzt. Sie könnten die Ukraine in kürzester Zeit, so, wie das die Amerikaner zu tun pflegen, in Schutt und Asche legen. Die Russen ziehen es aber vor, wie eine Dampfwalze langsam aber sicher vorzugehen. Sie rücken nur dann vor, wenn Pioniere vorher das ganze zu erobernde Terrain inspiziert haben. Schließlich ist die ganze Ukraine vermint. Das generelle Vorgehensmuster ist unmissverständlich, ganz egal, was die NATO behauptet. Die ukrainischen Verluste steigen exponentiell. Zur Zeit sind es 1.500 Gefallene oder Verwundete jeden Tag. Sollten sich im Donbass tatsächlich noch 50.000 ukrainische Soldaten aufhalten, dann werden sie bis Ende Juni

verschwunden sein. Wahrscheinlich hat die Ukraine allein in und bei Mariupol 20.000 Mann verloren. Das ist ein massiver Verlust, der den von Delbaltsevo 2015 und den von Ilovaisk 2014 noch übersteigt. Die Verluste bei Izyum könnten sogar noch höher sein als die in Mariupol. Aktuell kommen die Verluste bei Sverodonezk dazu.

Die Stunde der Artillerie

Dabei geht es um die besten Kräfte der ukrainischen Armee. Es spielt keine Rolle, dass es nur etwa 70 Prozent der von der NATO gelieferten Waffen überhaupt bis aufs Schlachtfeld schaffen. Die Verluste an ausgebildeten Soldaten sind das Problem der Ukrainer. Sie sind verloren und können nicht ersetzt werden. Die Asow-Nazis, die 24. Brigade, die 36. Brigade – sie alle verzeichnen Verluste von mehr als 60 Prozent ihrer Mannschaftsstärken oder sind völlig ausgelöscht worden.

Die Schlüsselfrage, wie verschiedene russische Militärexperten betonen, ist nicht, wann Kiew am point of no return ankommt, sondern die, wie viele Soldaten Moskau dafür zu opfern bereit ist. Die gesamte ukrainische Verteidigung basiert auf der Artillerie. Die nächsten Schlachten werden mit weitreichender Artillerie geführt werden. Das wird Probleme geben, weil die USA gerade dabei sind, das M270 MLRS-System mit präzisionsgeleiteter Munition zu liefern, die mit hoher Treffsicherheit (+/- 1 Meter) Ziele in bis zu 70 Kilometern Entfernung treffen können. Aber die Russen haben dem etwas entgegensetzen, sogar mit 30 Kilometern mehr Reichweite, lasergesteuert, und zudem kompatibel mit dem massenhaft produzierten Pantsir-Luftabwehr-System. Inwiefern Ukrainer das amerikanische System effizient bedienen können, steht zudem auf einem ganz anderen Blatt. Vor dieser Frage steht das russische Militär mit seinem eigenen System nicht.

Die Ukraine mit ihren formal noch bestehenden Grenzen ist bereits Geschichte. Georgy Muradov, der dauernde Krimbeauftragte des russischen Präsidenten und stellvertretender Ministerpräsident der Krim, gibt sich unnachgiebig: „Die Ukraine in der alten Gestalt wird es nicht mehr geben. Das ist jetzt bereits die frühere Ukraine.“ Das Asowsche Meer ist heute bereits ein Gewässer im Hoheitsgebiet der Russen und der Volksrepublik von Donezk (DPR), sagt Muradov.

Ein sinkendes Schiff

Mit der reichen russischen Erfahrung aus Grosny und der Krim wird Mariupol schnell wieder aufgebaut werden. Der russische Landkorridor steht. Vier von fünf Mariupoler Krankenhäusern haben den Betrieb inzwischen wieder aufgenommen, der öffentliche Nahverkehr läuft wieder und drei Gaswerke sind ebenfalls erneut in Betrieb genommen worden. Der bevorstehende Verlust von Severodonezk und Lysichansk wird jene Alarmglocken in Washington und in Brüssel läuten lassen, die das Ende des gegenwärtigen Regimes in Kiew ankündigen. Bei aller abgehobenen Rhetorik des Westens à la „We stand with Ukraine“: Keines der westlichen Schwergewichte wird mehr Wetten auf ein sinkendes Schiff abschließen.

An der Sanktionsfront sieht es den Worten des russischen Ministers für wirtschaftliche Entwicklung, Maxim Reshetnikov, folgendermaßen aus: „Russland geht davon aus, dass die Sanktionen längerfristiger Natur sind, weshalb die strategische Ausrichtung Russlands in Richtung Asien, auf eine beschleunigte Wiederbelebung hin zum – als auch auf verstärkten Import vom asiatischen Markt zu sehen sein wird. Wir werden jede Anstrengung unternehmen, uns in die asiatische Wertschöpfungskette zu integrieren, zusammen mit asiatischen Ländern, zusammen mit arabischen und südamerikanischen Ländern.“

Was westliche Einschüchterungsversuche Russland gegenüber betrifft, verweist der Chef von „Roscosmos“, Dmitry Rogozin, auf 50 Sarmat-Hyperschallraketen, die bis zum Herbst gefechtsfertig sein sollen. Der Westen solle sich besser zur Weisheit bei seinen Überlegungen entschließen.

Front gegen die Davos-Führer

Das WEF-Treffen in Davos diese Woche wirft ein Schlaglicht auf die neuen Trennlinien, die sich herausgebildet haben in einer Welt zwischen Unipolarität und Multipolarität. Russland, die beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk, Tschetschenien und Verbündete wie Weißrussland stellen sich nun einmütig gegen die „Davos-Führer“, was gleichbedeutend ist mit Widerstand gegen die westliche Elite, mit ein paar Ausnahmen, wie beispielsweise dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán.

Selenskyj wird es persönlich an nichts mangeln. Er wird von britischen und amerikanischen Kräften beschützt. Seine Familie lebt angeblich in einem 8-Millionen-Dollar-Anwesen in Israel. Er besitzt eine 34-Millionen-Dollar-Villa in Miami Beach und eine weitere in der Toskana. Die durchschnittlichen Ukrainer wurden angelogen, ausgenommen, und von der Gang in Kiew, der Selenskyj vorsteht, in vielen Fällen umgebracht. Die Täter sind Oligarchen, der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU, Fanatiker und Nazis. Die übriggebliebenen Ukrainer (10 Millionen sind bereits geflohen) werden auch weiterhin behandelt werden wie bisher, nämlich als entbehrlich.

Der russische Präsident Wladimir „der neue Hitler“ Putin hat absolut keine Eile damit, dieses überlebensgroße Drama zu beenden, das den bereits verfallenden Westen bis auf die Grundmauern ruinieren wird. Warum sollte er auch? Seit 2007 hatte er alles versucht, was auf der „Wir-könnten-uns-doch-auch-vertragen-Schiene“ möglich gewesen ist. Er wurde mit beispielloser Arroganz ein ums andere Mal abgewiesen. Für ihn ist es an der Zeit, sich entspannt zurückzulehnen und dem Westen dabei zuzusehen, wie der sich sein eigenes Grab schaufelt.

Und Deutschland?

Das wird vermutlich alle diejenigen schockieren, die diese Woche von der durchgeronzheimerten „Bild“ die Relotiadie von „Superselenskyj“ aufgetischt bekommen hatten, der zufolge der ukrainische Strahlemann jener russischen Armee „das Rückgrat gebrochen“ habe, der seit dem 15. März bereits „in drei Tagen der Sprit ausgeht“ und deren Nachschub ausbleibt. ARD- und ZDF-Konsumenten dürften sich ebenfalls verwundert die Augen reiben angesichts dieser völlig konträren Darstellung der Geschehnisse. Das deutsche Volk insgesamt ist draußen. Das „Tal der Ahnungslosen“, wie man die Gegend um Dresden zu DDR-Zeiten genannt hatte, weil dort kein Westfernsehen zu empfangen war, hat sich inzwischen ausgedehnt bis an die französische Grenze im Westen.

Dementsprechend unbehelligt vom eigentlichen Souverän marodiert die deutsche Regierung in Form der Ampelkoalition weiter vor sich hin, so dass der ehemalige Kinderbuchautor und heutige Wirtschaftsminister sogar mit Vorschlägen wie demjenigen durchkommt, den Ölpreis, zu dem man

einkauft, zu deckeln. Als ob das Öl dadurch unverkäuflich werden würde. Es wird dann halt von jemandem gekauft, der den geforderten Preis bezahlen will. Der deutsche Michel schaut derweil ungerührt dabei zu, wie sein Land von gewissenlosen Ignoranten voll an die Wand gefahren wird, und beschäftigt sich mit Affenpocken, Gendersternchen, Buntheit und Vielfalt, Rassismus, Lauterbach und Sexismus sowie einer Neudefinition des Begriffs Heimat. Im Hintergrund plärrt eine ordinäre Aufschneiderin als Außenministrierende hysterisch gegen die „Kriegsmüdigkeit“ an, sein Verfassungsgericht ist blockiert, seine Grundrechte sollen dauerhaft eingeschränkt bleiben, der Ausnahmezustand soll die neue Normalität sein, die Lebensmittelpreise explodieren, die Inflation galoppiert – und im Fernsehen läuft der Bergdoktor. Der Mensch ist frei. Was er sich erwählt, wird ihm zuteil werden.

+++

Wir danken dem Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Dieser Beitrag erschien mit freundlicher Genehmigung der Zweitveröffentlichung zuerst [am 29. Mai 2022 bei ansage.org](#)

+++

Bildquelle: [gopixa](#) / shutterstock